



JUNGE UNION  
NORDRHEIN-WESTFALEN

# **Aktueller Beschluss**

**des 42. NRW-Tages  
am 25. April 2009  
in Ratingen**



## **SPD Wahlprogramm – Die Unverbindlichkeit des „Frank-Walter Steinmeierlanti“!**

Am vergangenen Wochenende hat die SPD den Entwurf ihres Wahlprogramms für die diesjährigen Bundestagswahlen vorgestellt. Das als Regierungsprogramm überschriebene Papier liest sich jedoch streckenweise wie ein Koalitionsangebot an die Linke. Den Sozialdemokraten ist es mit einem bunten Strauß an Forderungen gelungen die eigene Zerrissenheit und Handlungsunfähigkeit in der Finanz- und Wirtschaftskrise zu demonstrieren. Daraus hervorzuheben sind beispielhaft der Mindestlohn, das Festhalten am Ausstieg aus der Kernenergie und die Börsenumsatzsteuer.

Wenn es der SPD in einem Punkt gelingt klare Position zu beziehen, so ist es in den steuerpolitischen Forderungen, die ausschließlich in eine Richtung weisen - Steuererhöhungen für die Leistungs- und Verantwortungsträger.

Ein Mindestlohn in Höhe von 7,50 Euro schadet in erster Linie den am unmittelbarsten von der Krise betroffenen gering qualifizierten Arbeitnehmern. Gesetzlich vorgeschriebene Mindestlöhne vernichten Arbeitsplätze auf Dauer und verhindern die Schaffung von Arbeitsplätzen in Zukunft. Die Junge Union NRW macht sich weiterhin gegen gesetzliche Mindestlöhne und für die Tarifautonomie stark, in der unsere Arbeitgeber und -nehmer gemeinsam situationsbedingte Lösungsansätze zum Erhalt von Arbeitsplätzen erarbeiten.

Die SPD spricht sich in ihrem Programm zwar für eine starke industrielle Basis aus, scheint aber zu vernachlässigen, dass diese insbesondere auf eine verlässliche und bezahlbare Energieversorgung angewiesen ist. Aller Argumente zum Trotz bleibt sie in ihrer ideologisch verbohrteten Anti-Atomkraft-Ecke und hält am Ausstieg aus der Kernenergie fest. Damit isoliert sie uns auch in Europa, wo andere Staaten an der Kernenergie festhalten, weiter ausbauen oder sogar den Ausstieg rückgängig machen. Deutsche Industrieunternehmen sind damit, nicht nur im europäischen System des CO<sub>2</sub>-Zertifikatehandels, einem massiven Wettbewerbsnachteil ausgesetzt. Die Junge Union NRW fordert stattdessen verlängerte Laufzeiten bestehender Kraftwerke und schließt auch den Neubau von Kernkraftwerken nicht aus.

Mit der Börsenumsatzsteuer greift die SPD eine Forderung Oskar Lafontaines auf. Die Börsenumsatzsteuer leistet keinen Beitrag zur Stabilisierung der Finanzmärkte, sondern lähmt sie in ihrer Effizienz durch steigende Transaktionskosten. Diese treffen nicht nur die, von der linken auserwählten Sündenböcke der Finanzkrise, sondern als Anleger in Aktienfonds oder Riester-Aktiensparverträgen auch diejenigen, die eigenverantwortlich Vorsorge treffen. Statt unseren Finanzmarkt zu lähmen, müssen internationale und nationale Regelungen weiter überprüft und verbessert werden. Die Junge Union NRW unterstützt die Kanzlerin und sieht eine Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP dabei zukünftig als international treibende Kraft an.

Die Erhöhung des Spitzensteuersatzes oder die sogenannte Reichensteuer symbolisiert die steuerpolitische Ausrichtung der SPD an Neid und Polemik. Dabei treffen die Erhöhung des Spitzensteuersatzes und die Änderung des Tarifverlaufs alle ab einem Einkommen von gut 50.000 EUR im Jahr und somit fast alle, die durch Fleiß und Entbehrung ein gutes Einkommen realisieren können. Träger von Leistung und Verantwortung können und dürfen jedoch nicht für ihren Einsatz bestraft werden. Durch eine verfehlte Steuerpolitik genommene Anreize reduzieren Leistung und folglich auch Wachstum. Die Junge Union NRW setzt sich daher für eine Steuerpolitik ein, die Anreize zum Aufstieg bietet und somit Teil einer wachstumsorientierten Politik ist.

Ausdruck der Konzept- und Ideenlosigkeit der Sozialdemokraten ist der 300-Euro-Lohnsteuer-Bonus in Postkartenform, mit dem der Steuerzahler für ein fehlendes Konzept einer systematisch gerechten Steuerreform abgefunden werden soll. Die Vereinfachung für den Steuerzahler ist zudem fraglich, da er die relative Vorteilhaftigkeit des Bonus gegenüber einer Lohnsteuererklärung zunächst abwägen bzw. berechnen können muss. Statt billiger Effekthascherei, durch die Adaption der Abwrackprämie für die Steuererklärung, sprechen wir uns als Junge Union NRW weiterhin für den Einstieg in eine große Steuerreform in Anlehnung an das 3-Stufen-Konzept des Leipziger Parteitags aus.

Mit ihrem Wahlprogramm ist es der SPD nicht gelungen Lösungen aufzuzeigen und sich für den Wähler verlässlich zu positionieren. Es ist ihr lediglich gelungen alle Möglichkeiten nach Links offen zu halten. Dies sollte unser Anreiz für ein engagiertes Wahljahr sein, an dessen Ende eine bürgerliche Koalition in Berlin stehen sollte.